Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 17 (1927)

Heft: 5

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus der politischen Woche.

Republik oder Monarchie.

Vor diese Schicksalsfrage sieht sich wieder einmal das deutsche Volk gestellt. Es ist zu befürchten, daß es auch diesmal, wie schon so oft, die Frage nur wieder provisorisch beantwortet. Es steht nämlich im Begriffe, sich eine rechtsorientierte Regierung zu geben, von deren einflußreichsten Männern man annehmen muß, daß sie den Monarchisten und Nationalisten dienstbar sind. Das ist jedenfalls im bisherigen Verlauf der gegenwärtigen Regierungskrise deutlich geworden — wenn es nicht schon klar war — daß die deutsche Republik nur Verweserin der Monarchie ist. Sie wird ihre Rolle in dem Augenblick ausgespielt haben, da die machtpolitische Konstellation in Europa den deutschen Monarchisten erlauben wird, den republikanischen Platzhaltern zu winken: ôte-toi, que je m'y mette! Es ist nur die Frage — die große europäische Frage überhaupt — ob dieser Augenblick einmal kommen wird oder nicht. Im Interesse des Friedens ist zu wünschen, daß es den Leitern der europäischen Politik gelingen möge, die Dinge so zu lenken, daß die deutschen Nationalisten nie die Gelegenheit zum Losschlagen erhalten.

Zum zweitenmal tritt Hindenburg, der Reichspräsident, aus seiner amtlichen Reserve heraus und greift in den Kampf der Parteien ein. Vor Jahresfrist geschah es zugunsten der Hohenzollern in der Abstimmungskampagne. Diesmal fordert er in einem offenen Briefe Dr. Marx auf, der Krise ein Ende zu machen durch Bildung einer Rechtsregierung. Er macht sich zum Anwalt der Deutschnationalen, die die Regierungskrise herbeiführen halfen, um an die Macht zu gelangen. Worum es dabei geht, haben wir hier schon dargetan. Es soll mit allen Mitteln verhindert werden, daß die entschiedenen Republikaner ans Ruder gelangen und den Monarchisten die Heeresmacht, die Reichswehr, aus den Händen entwinden. Die sozialistischen Enthüllungen ließen genugsam erkennen, daß die gegenwärtige Heeresorganisation in Deutschland ganz auf den Gedanken eingestellt ist, die deutsche Macht im gegebenen Momente wieder voll aufzurichten und sei es auch mit Hilfe eines neuen Krieges. Es ist heute schwer zu sagen, ob in Deutschland die Vernünftigen, die den Gedanken an einen neuen Krieg als absurd und verbrecherisch ablehnen, oder ob die Unentwegten und Unbelehrbaren in der Mehrheit sind. Sicher nur ist, daß die Schule, die Kirche, das Beamtentum, die Reichswehr, ganz dem nationalen — lies: Revanchegedanken hingegeben sind. Sie haben sich den Völkischen und Deutschnationalen verschrieben. Diese beiden Rechtsparteien besitzen also die wichtigsten Organisationen fest in der Hand, und es ist zu begreifen, daß sie sich wieder an den Regierungstisch setzen möchten.

Dies ist aber im gegenwärtigen Momente nicht so leicht zu erreichen. Denn die deutsche Außenpolitik ist auf das Geleise der Verständigung und der Befriedung Europas eingefahren. Wogegen die Deutschnationalen protestierten, als sie ihre Vertreter aus der Regierung Dr. Luthers zurückzogen, Locarno ist Tatsache geworden. Und inzwischen ist Thoiry und damit eine weitgehende Entlastung Deutschlands vom Besetzungsjoch hinzugekommen. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns, des Vielgeschmähten, hat Deutschlands Einfluß in der Welt gewaltig gehoben. Ein Zurück auf diesem Verständigungswege ist heute für Deutschland nicht wohl möglich. „Noch nicht möglich", denken die Deutschnationalen, und darum stellen sie sich heute auf den Boden der Tatsachen und lassen ihre Wortführer erklären, sie seien auch für Verständigung, sie hätten sich jetzt von den Notwendigkeiten Locarnos überzeugen lassen; es stünde also ihrem Eintritt in die Regierung jetzt nichts mehr im Wege.

Die Welt soll wieder einmal nicht merken, daß das alles nur ein Täuschungsmanöver ist: Die Monarchisten und Nationalisten helfen mit, den Frieden zu machen. Aber im Geheimen bauen sie mächtige unterirdische Festungen an der polnischen Grenze; lassen sie in Sowietrußland Fabriken für Flugzeuge und Giftgase für künftigen deutschen Bedarf errichten; organisieren sie die deutsche Jugend in wehrhaften Sportverbänden und machen aus der Polizei und der Reichswehr eine Elitetruppe, die jederzeit die Führung eines aus dem wohlvorbereiteten nationalen Boden gestampften Millionenheeres übernehmen kann. Auf den Kanzeln und Kathedern, in allen Schulen und an allen Vereins- und Biertischen wird das gleiche Lied gesungen: immer noch „Deutschland, Deutschland über alles!" in der alten Deutung. So meinen die Deutschnationalen ihre Mitarbeit an der Regierung. Und darum ist ihnen so außerordentlich daran gelegen, das Innenministerium und das Justizressort in die Hände zu bekommen. Das Reichswehrwesen wissen sie beim „Demokraten" Dr. Geßler gut aufgehoben.

Die Methoden der Deutschnationalen kennt man genugsam. Aber was soll man von den Demokraten denken, die einen Geßler noch immer nicht von sich geschüttelt haben — oder sollte dieser Reinlichkeitsakt doch schon vollzogen sein? Da bekennt sich dieser Herr ganz frei und offen, er habe den Brief des Generals von Reinhardt an eine süddeutsche Zeitung, worin den Demokraten Schnödigkeiten ins Gesicht gesagt sind, gelesen und approbiert. Und was soll man von Dr. Marx und den Zentrumsmännern denken, wenn sich bewahrheiten sollte, was die „Kölner Zeitung" verrät: Daß Dr. Marx den Hindenburgbrief selbst veröffentlicht, wenn nicht gar provoziert habe, um für die Rechtsschwenkung des Zentrums den entschuldigenden Hinweis auf den öffentlichen Druck zur Verfügung zu haben? Aber soll uns eine solche Mentalität bei den Führern eines Volkes verwundern, wenn man erlebt, daß ein Mutiger, der es wagt, vor aller Oeffentlichkeit auf die geheimen Rüstungen der Revancheleute hinzuweisen — Scheidemann im Reichstage — auf der ganzen Linie als Verräter oder ungeschickter Politiker verurteilt und desavouiert wird und zwar bis tief in die Linksparteien hinein? Das Gros des deutschen Volkes scheint der Meinung zu sein, daß sich eine Partei — eben die der Sozialdemokraten — die sich solchermaßen — indem sie die Wahrheit sagt — kompromittiert, zur Regierung als unfähig erwiesen hat. Darum würde auch eine Reichstagsauflösung mit Neuwahlen kaum eine befriedigende Lösung der hängigen Krise bringen. Man muß sich damit abfinden, daß das deutsche Volk noch nicht die Kraft zur Entscheidung in sich fühlt, und daß es auch diesmal eine Lösung genehmigen wird, die für die Republik weder ein Ja noch ein Nein bedeutet.

Briands Exposé.

Der französische Außenminister hat es durchgesetzt, daß er sich über seine Politik offiziell äußern durfte. Dies geschah zwar nicht vor dem Plenum der Kammer, aber immerhin vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Die Rede war nicht nur nach innen, sondern auch nach außen eine Notwendigkeit. Sie fand bei den Franzosen selbst eine sehr günstige Aufnahme. Aber was in Frankreich an Briands Exposé gefiel, dürfte die Deutschen nachdenksam stimmen. Briand bewies, daß er sich nicht von Stresemann habe übertölpeln lassen, da er die Räumung der Rheinlande nur gegen Kompensationen versprochen habe. Stresemann beeilte sich, diese Auffassung der Abmachungen von Thoiry zu bestätigen. Aus der einen Versprechung Stresemanns, den Franzosen deutsche Eisenbahnobligationen zu verpfänden, ist, wie man sich erinnert, wegen des amerikanischen Nein nichts geworden. An den Deutschen ist es nun, andere Pfänder anzubieten für eine vorzeitige Räumung der Rheinlande. Die Verhandlungen wegen der deutschen Ostbefestigungen nehmen ihren normalen Verlauf; so erklärt Briand. Und wenn sie auch vor dem 1. Februar nicht gelöst ist, so kommt die Angelegenheit eben vor den Völkerbundsrat. Die Beziehungen mit Italien sind besser geworden. Die Verhandlungen mit Spanien über Tanger werden in nächster Zeit beginnen.